

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 17 (1925)  
**Heft:** 10  
  
**Rubrik:** Ausland

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

schen Lithographen mussten sich noch einen Rüffel wegen zu grossen Entgegenkommens gegenüber den Buchdruckern gefallen lassen.

Hinsichtlich der Einführung der «Typar»-Schreibsetzmaschine lag ein gedruckter Bericht vor; die Landesorganisationen wurden eingeladen, ihren Standpunkt schriftlich dem internationalen Sekretariat bekanntzugeben. Der Kongress beschloss ferner die Einleitung einer Solidaritätsaktion zugunsten der streikenden Lithographen in Belgien.



## Ausland.

**Deutschland.** Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund gibt sein über 200 Seiten umfassendes Jahrbuch pro 1924 heraus, dem wir die folgenden Angaben entnehmen:

Das Wirtschaftsjahr verlief im Zeichen der Währungsstabilisierung. Nachdem durch die Entwertung des Geldes die innere Schuld des Staates ausgedeckt und auf seine Schatzanweisungen ausgegebenen Zahlungsmitteln auf etliche hundert Millionen Goldmark heruntergetrieben worden war, war der Zeitpunkt für die Stilllegung der Notenpresse und die Schaffung eines neuen Zahlungsmittels gekommen. Es wurden die durch Sachwerte gedeckten Rentenmarkscheine herausgegeben; nach relativ kurzer Uebergangszeit hatte sich die neue Währung eingelebt. Die Rückwirkungen auf Wirtschaft und Kosten der Lebenshaltung blieben allerdings nicht aus: Die Preise für industrielle Rohstoffe und die Kosten der Lebenshaltung stiegen stark an. Auf der andern Seite war ein starkes Abnehmen der Arbeitslosigkeit festzustellen. Entsprechend der Konjunktur stiegen die Löhne im verflossenen Jahre an; dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass trotz der steigenden Tendenz die Löhne noch immer ausserordentlich gering sind. Sehr interessante Dinge werden über die Entwicklung der Preise gesagt. Die Zahl der Handelstätigen hat sich so vermehrt, wie die Gütermenge sich verringerte. Die Preisbildung schien sich oft nach dem Prinzip zu richten, dass von der überreichen Zahl der Händler auch der letzte noch nach bürgerlichem Standard leben müsse. Durch die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte auch hier nach und nach ein Umschwung sich vollziehen. Die Produktion hat sich in den meisten Industriezweigen gehoben. Ueber die Auswirkung der Dawes-Gesetze wird ein abschliessendes Urteil nicht gefällt; es wird aber anerkannt, dass sie die politische Atmosphäre von den gehässigen Sanktionen gereinigt und eine vertragsmässige neue Wirtschaftsgrundlage für Deutschland geschaffen haben.

Besondere Abschnitte des Berichts orientieren über die Tätigkeit der Bundesinstanzen auf dem Gebiet der Handelspolitik (Kampf gegen die schutzzöllnerischen Tendenzen), die politische Vertretung der Gewerkschaftsinteressen, Nachwirkungen der Ruhrbesetzung, Arbeitsmarkt und Arbeitslosenschutz, Sozialpolitik und Teuerung. Von besonderem Interesse sind die inhaltsreichen Darlegungen über die Lohnpolitik und die Lohnentwicklung.

Die an den statistischen Erhebungen über die Lohnbewegungen beteiligten 34 Verbände führten im Berichtsjahre 33,855 Bewegungen, an denen 18,365,929 Personen in 858,553 Betrieben beteiligt waren. Von den Bewegungen wurden 30,196 mit 16,226,080 Beteiligten ohne Arbeitsniederlegung abgeschlossen. In 3609 Fällen kam es zu Streiks oder Aussperrungen, an denen 41,535 Betriebe mit 1,966,621 Personen beteiligt waren.

Die Grosszahl der Bewegungen (30,846 mit 15,745,810 Personen) wurden zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt, während es sich beim Rest um Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen handelt. In 319 Fällen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit, in 28,714 Fällen eine Erhöhung der Löhne, in 1437 beides zusammen verlangt, während in 376 Fällen andere Forderungen der Bewegung zugrunde lagen.

Bei den Bewegungen, die zu Streiks oder Aussperrungen führten, entfielen 2361 auf Angriffs- und 1298 auf Abwehrbewegungen. An den insgesamt 1167 Aussperrungen waren 1,220,833 Personen beteiligt. Tarifverträge wurden in 2045 Fällen für 3,937,195 Personen neu abgeschlossen; erneuert oder verlängert wurden Tarifverträge in 2921 Fällen mit 3,783,482 Personen. Die Bewegungen erforderten eine Gesamtausgabe von 15,584,573 Mark; davon entfielen auf Streiks und Aussperrungen 14,044,750 Mark.

— Ueber die Ergebnisse der Bewegungen geben die folgenden Zahlen Aufschluss: Es erhielten 9,441,099 männliche Personen eine Lohnerhöhung von 3,53 Mark pro Woche und 3,909,941 weibliche Personen eine Lohnerhöhung von 1,81 Mark pro Woche. Hinsichtlich Arbeitszeit wurde für 178,634 Personen eine Verkürzung von zusammen 785,983 Stunden pro Woche erreicht.

Ein weiterer Abschnitt des Berichts ist dem Kampf um den Achtstundentag gewidmet. Die Unternehmer unternahmen angesichts der durch die Inflation geschwächten Kampfkraft der Gewerkschaften zahlreiche Angriffe auf den Achtstundentag. Es trifft aber nicht zu, dass sich die deutschen Arbeiter die 48stundenwoche kampflos haben entreissen lassen; vielmehr wurden erbitterte Kämpfe geführt, wobei oft den Kämpfenden nicht einmal die statutarischen Unterstützungen ausbezahlt werden konnten. Im Mai 1924 führte der ADGB eine Erhebung über die Arbeitszeit durch; sie ergab, dass die Befürchtungen übertrieben waren; für ungefähr zwei Drittel der erfassten Betriebe mit 50 Prozent der beschäftigten Arbeiter hatte der Achtstundentag gehalten werden können. In einer Denkschrift an das Reichswirtschaftsministerium setzte der Bundesvorstand seine grundsätzliche Stellung zur Arbeitszeitfrage auseinander. Eine zweite Erhebung über die Arbeitszeit im November 1924 ergab einen beträchtlichen Rückgang der über 48 Stunden hinaus arbeitenden Betriebe. Immerhin arbeiten immer noch 45 Prozent der erfassten Arbeiter länger als 48 Stunden.

Den statistischen Angaben über die Mitgliederzahl der Verbände entnehmen wir, dass dem ADGB Ende 1924 zusammen 41 Verbände mit 4,564,163 Mitgliedern (davon 921,140 weibliche) angeschlossen waren gegenüber einem Bestand von 44 Verbänden mit 7,063,158 Mitgliedern bei Abschluss des Vorjahres. Die Wirkungen der Währungskatastrophe, verschärft durch die Treibereien der Kommunisten, kommen in diesem Mitgliederrückgang zum Ausdruck. Indessen ist der Tiefstand bereits überwunden, und die Mitgliederzahlen sind durchweg in neuem Anstieg begriffen. Die Gesamteinnahmen beliefen sich pro 1924 auf 97,037,600 Mark, die Gesamtausgaben auf 69,071,119 Mark. Von den Ausgaben entfielen auf Unterstützungen 10,344,611 Mark, auf Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 16,685,946 Mark, auf Agitation etc. 13,078,888 Mark, auf Bildungszwecke und Verbandsorgane 3,793,758 Mark und auf Verwaltung 25,167,916 Mark.

Der Bericht wird ausserdem ergänzt durch reichhaltiges Material über die Tätigkeit der Kommunisten, Bildungswesen, Organisationsfragen, Kongresse und über die Internationale Gewerkschaftsbewegung.

— In Breslau tagte in der ersten Septemberwoche der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Anwesenheit von zirka 320 Delegierten und

mindestens 100 andern Teilnehmern. Unter diesen waren Vertreter des Freien Angestelltenbundes (Afa) und des Beamtenbundes. Nebstdem eine Anzahl ausländischer Verbände, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsarbeitsverwaltung, des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, der schlesischen Landesregierung, der Stadt Breslau und des Reichsgerichts. Sodann waren Vertreter der Arbeiterbank, der Wohnungsfürsorge, der Volksfürsorge, der Konsumvereine, der Krankenkassen, der Gesellschaft für soziale Reform, des Verbandes der sozialen Baubetriebe und des Internationalen Arbeitsamtes zugegen. Schon diese grosse Liste der Gäste zeigt die Bedeutung, die den deutschen Gewerkschaften zukommt.

Das Hauptinteresse der Verhandlungen lag bei den folgenden Geschäften: Bericht des Bundesvorstandes, Sozialgesetzgebung in Deutschland, Organisationsfrage, Wirtschaft und Gewerkschaften und Beratung der Bundessatzungen.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen erstattete der Vorsitzende, Genosse Leipart, in zweistündigem Vortrag den Bericht über die abgelaufene Periode. Er berührte die politische und die wirtschaftliche Lage und die Kämpfe um die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft, besonders den Kampf um den Achtstundentag. Ein besonderes Kapitel widmete er dem von den Kommunisten inszenierten Kampf um die Einheit der Gewerkschaften. Zum Vorstandsbericht lag eine Reihe von Anträgen vor über die Wohnungsfrage, die Heimarbeit, die Berufsschule, die Volksfürsorge und das Genossenschaftswesen, die nach lebhafter, aber sachlicher Diskussion im Sinne der Anträge des Bundesvorstandes angenommen werden. Eine weitere Resolution stellt fest, dass es durch unablässige Kämpfe gelungen sei, den unter dem Druck der Inflationen grossenteils verloren gegangenen Achtstundentag für die Hälfte der Arbeiterschaft wieder zu gewinnen, dass dieser Kampf mit aller Energie weitergeführt werden müsse und dass die Regierung aufzufordern sei, unverzüglich ein Gesetz über den Achtstundentag vorzulegen.

Eine hervorragende Rolle spielte auch die Lohnfrage. Trotz den Kämpfen um die Verbesserung der Löhne entsprechen diese den Lebenskosten noch keineswegs. Es ermutigt daher der Kongress die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen.

Ueber das Thema «Die Wirtschaft und die Gewerkschaften» referierte Genosse Prof. Dr. Hermberg, von Leipzig. Seine Ausführungen sind auch für uns in der Schweiz von grossem Interesse, betonte er doch, dass die Blüte der Wirtschaft nicht von politischen Grenzen abhängt. Die Krise, die sich allenthalben bemerkbar mache, sei weniger eine Rohstoff-, als eine Absatzkrise. Es fehlt uns der Raum zur Wiedergabe des sehr interessanten Referates. Wir hoffen aber, dass dasselbe der Arbeiterschaft noch in Broschürenform zugänglich gemacht wird. Im Anschluss an dieses Referat sprach Genosse Jäckel, Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes, über Wirtschaftsdemokratie. In der anschliessenden Diskussion wurden die Ausführungen der Referenten nicht nur kritisch beleuchtet, sondern wertvoll ergänzt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde festgestellt: «... Nicht niedrigere Löhne und lange Arbeitszeit in Verbindung mit technischer Rückständigkeit, sondern hohe Löhne, kurze Arbeitszeit und rationelle Produktionsmethoden sowie Organisation der Wirtschaft bieten allein Gewähr für den ökonomischen Aufstieg und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt.»

Eine weitere Resolution verlangt die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern in den Fra-

gen des Wirtschaftsaufbaues, entsprechend dem Wortlaut und Geist des Artikels 165 der Reichsverfassung.

Ein Antrag von kommunistischer Seite, der Kongress möge eine Delegation zum Studium der Verhältnisse in Russland bestimmen, wurde mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit wurde mitgeteilt, dass einer vom Bergarbeiterverband bestimmten Delegation, die mit eigenen Uebersetzern nach Russland gesandt werden sollte, die Einreisebewilligung verweigert worden sei.

Ueber die Sozialgesetzgebung in Deutschland referierte Genosse Hermann Müller. Er besprach die in den letzten Jahren auf diesem Gebiet eingetretenen Rückschläge und stellte in den Vordergrund die Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht und den Ausbau der Sozialgesetzgebung. In diesem Sinne wurde auch beschlossen,

Kommunistische Anträge auf Unterstützung der «Roten Hilfe» und auf Anhören eines Berichts einer Arbeiterdelegation, die soeben aus Russland zurückgekehrt war, wurden mit allen gegen zwei oder drei Stimmen abgelehnt.

Das Thema, dem vor dem Kongress mit der grössten Spannung entgegen gesehen worden war, das aber auf dem Kongress dank einer vorher erzielten Verständigung sehr rasch erledigt wurde, war die Organisationsfrage. Genosse Grassmann, stellvertretender Vorsitzender, hielt das Referat. Er schilderte die geschichtliche Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland bis zum Leipziger Kongress von 1922, der den Vorstand beauftragte, ein neues Organisationsprojekt vorzulegen. Die gründliche Prüfung der Frage habe ergeben, dass die Ausübung jedes Zwanges von den verhängnisvollsten Folgen begleitet sein könne, da die Geschlossenheit der Gesamtorganisation in Frage stehe. Diese Einsicht sei schliesslich auch bei den wärmsten Befürwortern der reinen Industrierverbände durchgedrungen, und so sei der Bundesvorstand in der Lage, eine Kompromissresolution vorzulegen, die einstimmig angenommen werden sollte. Die hauptsächlichsten Vertreter der Industrieorganisation markierten ihren Standpunkt in Erklärungen, desgleichen die Vertreter der gegenteiligen Auffassung.

Schliesslich wurde der vorgelegten Resolution gegen die Stimmen der Metallarbeiter, denen sie zu wenig weit ging, zugestimmt.

In der Resolution wird die Industrieorganisation als zweckmässig anerkannt. Es werden die Verbände verpflichtet, bei Bewegungen, an denen mehrere Verbände beteiligt sind, Hand in Hand zu arbeiten. Die Führung bei Lohnkämpfen soll der Organisation zustehen, die über die grösste Zahl der Beteiligten verfügt. Bei Teilbewegungen von Gruppen sollen diese auf die übrigen Organisationen Rücksicht nehmen. Schliesslich ist es Pflicht aller angeschlossenen Verbände, die Einigkeit des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu wahren und zu fördern.

Dann wurden noch einige Statutenänderungen beschlossen, durch die die Konzentrationsbestrebungen gefördert werden sollen.

Ein auch bei uns schon oft behandelter Antrag auf Vereinheitlichung der Mitgliedbücher wurde wegen der technischen Schwierigkeiten abgelehnt.

Die Wahl des Bundesvorstandes ergab fast einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder mit Leipart als Vorsitzenden, Grassmann und Hermann Müller als stellvertretende Vorsitzende.

Damit waren die Geschäfte erledigt und es kamen nach einer Schlussrede des Kongressvorsitzenden Brandes die ausländischen Delegierten zum Wort, die ihrer Befriedigung über den prächtigen Verlauf der Tagung Ausdruck verliehen. Und in der Tat. Das Bild hat sich

gegenüber Nürnberg (1919) und Leipzig (1922) wesentlich geändert. Während in Leipzig nahezu ein Drittel der Delegierten kommunistisch orientiert war, zählte die kommunistische Fraktion auf dem Breslauer Kongress nur zwei Mann. So sehr sie sich auch bemühten, bei allen Verhandlungsgegenständen die «scharfe» Opposition zu markieren, sie wurden gelassen angehört, machten aber nicht den geringsten Eindruck. Der Kongress bewegte sich auf dem Boden der realen Tatsachen.

Der deutschen Gewerkschaftswelt ist durch die Beschlüsse von Breslau der Weg für die nächsten drei Jahre vorgezeichnet, und sie wird ihn gehen. Wir aber beglückwünschen unsere deutschen Genossen zu der eingetretenen Gesundung. Sie ist die beste Gewähr für die Einheitsfront für das Weltproletariat.

**Belgien.** Ein 222 Seiten umfassender Bericht der *belgischen Gewerkschaftskommission* gibt Aufschluss über Stand und Tätigkeit der belgischen Gewerkschaften im Jahre 1924. Anschliessend an Angaben über die Sitzungen der verschiedenen Instanzen der Zentralorganisation, Delegationen und Kongresse der angeschlossenen Verbände, das offizielle Organ und die von der Zentrale herausgegebenen Drucksachen wird über die Beziehungen zur belgischen Arbeiterpartei und zu den Genossenschaften berichtet. Die Spitzenbehörden der Gewerkschaften und der Genossenschaften veröffentlichten einen gemeinsamen Aufruf gegen die Teuerung.

Aeusserst lesenswert ist der inhaltsreiche Abschnitt über die gut ausgebaute Bildungsarbeit. Die von den Gewerkschaften in grosszügiger Weise geförderte Bildungsarbeit hatte prächtige Erfolge zu verzeichnen. Grosse Anstrengungen wurden in verschiedenen Landesteilen für die Durchführung einer regen gewerkschaftlichen Agitation gemacht. Auch hier wurden die Bestrebungen von den genossenschaftlichen Instanzen wirksam unterstützt.

Ein besonderer Abschnitt ist dem Achtstundentag gewidmet; eine detaillierte Tabelle gibt Aufschluss darüber, für welche Industrien und Gewerbe durch königlichen Erlass eine Verlängerung der Arbeitszeit bewilligt wurde. Wenn auch die verschiedenen Anträge auf Revision des Arbeitszeitgesetzes abgewehrt werden konnten, waren doch die Unternehmer stets darauf bedacht, den Achtstundentag nach Möglichkeit zu beseitigen, und die massgebenden Regierungsinstanzen waren nur zu gerne bereit, ihren Forderungen zu entsprechen und eine Verlängerung zu bewilligen, auch wo es die wirtschaftlichen Verhältnisse keineswegs erforderten. Konzentrationsbestrebungen wurden im verflossenen Jahre beim Verband des Personals öffentlicher Dienste, beim Textilarbeiterverband, bei den Glasarbeitern und in Neubelgien (Eupen und Malmédy) verzeichnet. Ferner hatte sich die Landeszentrale in verschiedenen Fällen mit der Abgrenzung der Organisationsgebiete zu befassen.

Es folgen die Berichte der örtlichen Gewerkschaftskartelle und Angaben über die im Jahre 1924 durchgeführten Streiks. Die Tabelle über die Bewegungen verzeichnet 309 Streiks und 223 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung. An den Streiks waren 69,808 Arbeiter beteiligt, von denen 48,786 organisiert waren. Von den Streiks endigten 204 mit einem Erfolg für die Arbeiter, 63 ohne Erfolg, 29 durch Vermittlung.

Ein weiterer Abschnitt des Berichts orientiert über die Arbeitslosigkeit, die sich gegenüber dem Vorjahre eher verstärkt hat. Durch einschränkende Vorschriften eines königlichen Erlasses wurde die Tätigkeit der Arbeitslosenkassen stark gehemmt, und die Instanzen der Gewerkschaften waren fortgesetzt für eine Erleichterung der Bestimmung tätig.

Es folgen Angaben über die Beziehungen auf in-

ternationalem Gebiet, über wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen und über die internationale Arbeitsorganisation. Der Kassenbericht der Zentrale verzeichnet 780,926 Fr. Einnahmen und 609,585 Fr. Ausgaben. Angeschlossen waren der Zentrale bei Jahresabschluss 28 Verbände mit 577,855 Mitgliedern (im Vorjahre 594,998 Mitglieder). Orientierende Tabellen über Beitragsleistung, Unterstützungswesen etc. vervollständigen den Jahresbericht.

— Der Jahreskongress der belgischen Gewerkschaften fand Ende Juli in Brüssel statt. Nach Eröffnung der Beratungen durch den Präsidenten Solau wurden Entschliessungen angenommen, die den im Streik stehenden Metallarbeitern die Solidarität der Arbeiterschaft aussprechen, gegen Krieg und Militarismus Stellung nehmen und den kämpfenden chinesischen Arbeitern die Sympathie des Kongresses übermitteln. Eine Erhöhung des Jahresbeitrages an die Zentrale von 60 auf 70 Cts. wurde angenommen. Ein besonderes Referat wurde über die Ferienfrage gehalten und im Anschluss daran eine Entschliessung angenommen, die eine allgemeine Forderung auf sieben bezahlte Ferientage erhebt.



## Notizen.

**Der Schweizer Arbeiter.** Unter dieser Marke haben wir in der letzten Nummer berichtet, dass das Blatt dieses Namens einen längeren Aufsatz ohne Quellenangabe abgedruckt habe. Der Redaktor des Blattes, Herr Dr. Saxer, schreibt uns hierzu, er habe diesen Artikel nicht der Rundschau, sondern der *Werkmeisterzeitung* entnommen und der Vermerk sei aus «Versehen» weggeblieben. Es stellt sich also heraus, dass auch die *Werkmeisterzeitung* «gekiebitzt» hat.



## Literatur.

Prof. Dr. Emil Haemig: *Geistesgeschichtliche Grundlagen der Sozialphilosophie*. Verlag Buchhandlung A. Rudolf, Zürich. Der Verfasser schildert Problem und Wesen des Bewusstseinslebens, gibt eine Darstellung des Erkenntnisgrundes und äussert sich über die Einheit des Geisteslebens und des Bildungsideals.

*American Labor Press Directory*. Veröffentlicht vom Labor Research Department der Rand School of Social Science, Neuyork. Es handelt sich um ein Jahrbuch der amerikanischen Arbeiterpresse. Zentral- und Fachorgane, genossenschaftliche, kommunistische, sozialistische, religiöse und behördliche Tages-, Wochen- und Monatsorgane werden mit Erscheinungsort, Auflage usw. angegeben. Im Anschluss daran finden wir auch Angaben über die Arbeiterpresse des Auslandes.

Dr. J. Hungerbühler: *Dem Rechtsstaat entgegen*. Verlag Art. Institut Orell Füssli, Zürich. Der Verfasser setzt sich in seiner 61 Seiten umfassenden Broschüre in gründlicher Weise mit dem Entwurf des Bundesrates über die eidg. Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege auseinander. Die Darlegungen des Bundesrates werden in vielen Fällen einer scharfen Kritik unterzogen. Die Arbeit bietet auch Nichtjuristen mancherlei Anregung.

*Neuer Volkskalender*. Der Neue Volkskalender für das Jahr 1926, herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und der Unionsdruckerei Bern, ist erschienen. Redaktion und Verlag gaben sich alle Mühe und scheuten keine Kosten, der Arbeiterschaft und ihren Familien einen ganz gediegenen Ka-